

Protokoll der Fachausschusssitzung „Soziales, Kinder, Jugend, SeniorInnen, Gesundheit, geförderte Beschäftigung und Migration“ vom 26.03.2025 des Stadtteilbeirates Walle

Soziales Nr.: XIV/02/25

Beginn der Sitzung: 18.00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:35 Uhr

Anwesende:

<u>Beiratsmitglieder</u>	<u>Sachkundige Bürger*innen</u>	<u>Vertreter § 23.5 OBG</u>
Udo Brzenza Sonja Kapp Katharina Schmiss Claudia Vormann Sebastian Schmugler i.V.	Lina Exnowski Brunhilde Wilhelm	N.N.

Verhindert sind:

Martin Karlson

Gäste:

Nicole Erhardt / Zentralstelle Opferschutz der Polizei Bremen

Dr. Lea Heimbeck / Direktion der Kriminalpolizei/ LKA: Abteilungsleiterin Regionale und Jugendkriminalität

Angelo Toro / Beratungs- und Interventionsstelle „Neue Wege“

Nina Kleinsorge / Überseekirche

Ca. 4 interessierte Bürger.innen

Folgende Tagesordnung wird vorgeschlagen:

TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung

TOP 2: Genehmigung des Protokolls: XIV/01/25 vom 30.01.2025

TOP 3: Informationen zum Thema „Häusliche Gewalt“

TOP 4: Entscheidungsbedarf in Stadtteilangelegenheiten

TOP 5: Bericht aus dem Controlling-Ausschuss

TOP 6: Mitteilungen des Amtes / Verschiedenes

Nichtöffentlicher Teil:

TOP 7: Globalmittel

TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt und die Tagesordnung genehmigt. Nach TOP 3 folgt eine kurze Vorstellung zum Projekt und dem dazugehörigen Globalmittelantrag Wa.09-25 Soziales durch Nina Kleinsorge von der Überseekirche.

TOP 2: Genehmigung des Protokolls: XIV/01/25 vom 30.01.2025

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

TOP 3: Informationen zum Thema „Häusliche Gewalt“

Zu diesem TOP tragen Angelo Toro von der Beratungs- und Interventionsstelle „Neue Wege“ sowie Nicole Erhardt und Dr. Lea Heimbeck von der Polizei Bremen anhand von PowerPoint-Präsentationen vor (Anlagen 1 und 2). Folgende zentrale Punkte werden besprochen:

- Das Team von „Neue Wege“ besteht aus vier weiblichen und zwei männlichen Berater:innen. Zudem werden Dolmetscher:innen eingesetzt.
- Es werden 20 Stunden kostenlose Beratung pro Person angesetzt. Das Ziel ist die erfolgreiche Sensibilisierung von Opfer:innen und Täter:innen zur Prävention von erneuten Taten im Bereich der Häuslichen Gewalt. Auch für Kontaktaufnahmen nach abgeschlossener Beratung ist „Neue Wege“ hilfsbereit und unterstützt, z.B. durch Weitervermittlung an andere Stellen, z.B. der Opfernachsorge.
- Daten von durch Partnergewalt betroffene Personen werden von der Polizei an die Beratungs- und Interventionsstelle weitergeleitet, damit Kontakt aufgenommen werden kann. Bei anderen Deliktbereichen wie Kindeswohlgefährdung oder bei anderen innerfamiliären Konflikten ergeht eine Meldung an das Amt für Soziale Dienste. Wenn Jugendliche betroffen sind ist das Jugendamt zuständig.

Im Zuge des Vortrags der Polizei fallen folgende Kernaussagen:

- Seit dem Inkrafttreten der Istanbul-Konvention im Jahr 2018 gibt es einen Paradigmenwechsel in der Polizeiarbeit weg von reiner Täterorientierung hin zu opferorientierter Arbeit. Die Fachstelle Opferschutz der Polizei ist seit 14 Jahren aktiv und wurde im Rahmen der Ratifizierung der Istanbul-Konvention weiterentwickelt. Dementsprechend werden auch Polizeibeamte in der Ausbildung zum Thema geschult. Es finden auch Fortbildungen für bereits aktive Polizeibeamte statt.
- Charakter der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik: Es handelt sich um eine Tatausgangsstatisik, sodass die Straftat erst wenn die Polizei den Vorgang an die Staatsanwaltschaft übergibt in die Statistik aufgenommen wird.
- Die Polizei agiert lediglich bei bekannten Taten. Gerade im Deliktbereich der Häuslichen Gewalt ist davon auszugehen, dass es ein großes Dunkelfeld gibt. Gründe dafür sind vor allem Scham der betroffenen Personen und mangelhafte Sensibilisierung zum Thema. Die Zentralstelle Opferschutz weist auf seine Homepage hin, die mögliche Hilfs- und Beratungsangebote hinweist: <https://www.polizei.bremen.de/praevention/beratungsangebote-61503>

Der FA dankt für den Vortrag und die engagierte Arbeit von Polizei sowie der Beratungs- und Interventionsstelle.

TOP 4: Globalmittelprojekt: Banner für eine heterogene und pluralistische Gesellschaft

Zu diesem TOP stellt Nina Kleinsorge von der Überseekirche das Projekt vor. Es wird mit sozialen Einrichtungen im Stadtteil wie dem Quartierstreff „Jetzt hier“ kooperiert. Die Banner stellen ein Plädoyer für Vielfalt dar und sollen an sechs Standorten in der Überseestadt aufgehängt werden. Ziel und Zweck der Maßnahme ist es, den migrantisch gelesenen Anwohner:innen aus der Überseestadt zu signalisieren, dass sie im Stadtteil herzlich willkommen sind. In näherer Vergangenheit wurden rassistische Wurfzettel in Briefkästen von privaten Haushalten geworfen. Der oder die Täter:innen konnten bisher nicht gefasst werden. Die Entscheidung zum Globalmittelantrag wird im nichtöffentlichen Teil der Sitzung getroffen.

TOP 5: Entscheidungsbedarf in Stadtteilangelegenheiten

Antrag der Fraktion „Die Linke“ zur Drogenhilfestrategie (Anlage 3)

Ergebnis: Zustimmung bei einer Enthaltung.

Haushaltsantrag zur Finanzierung der Blauen Karawane und der Blauen Manege

Da die Trägereinrichtung durch die Mittelkürzungen im AGH-Bereich stark betroffen ist fehlen die finanziellen Mittel. Dadurch ist die Existenz des Trägers gewohnt. Es handelt sich um einen zentralen, sozialen Nukleus in der Überseestadt.

Ergebnis: Zustimmung bei einer Enthaltung. Anmerkung des Ortsamtes: Ein entsprechender Haushaltsantrag ist bereits im Nachgang der Beiratssitzung vom 13.02.2025 versendet worden.

TOP 5: Bericht aus dem Controlling-Ausschuss

Der Ausschuss findet nächste Woche statt. Ein aktuelles Thema macht die Aktivität von zwei Trägereinrichtungen auf dem Quartiersplatz am Pulverberg aus. Der Kinder- und Jugendhilfeverband und SOFA e.V. betreiben ab März dienstags und donnerstags in der Zeit zwischen 16 und 19 Uhr den Spielcontainer auf dem Quartiersplatz am Pulverberg.

Ein weiteres Thema ist die Behandlung der Beteiligungsrechte des Beirates bei der Vergabe von OKJA-Mitteln. Dazu organisiert das Sozialressort eine Diskussionsveranstaltung mit den Beiräten.

TOP 6: Mitteilungen des Amtes / Verschiedenes

Haus Ivalo in der Vegesacker Straße: Neue Eltern-Kind-Wohneinrichtung

Der Träger stellt sich in der FA-Sitzung im Juni vor.

Sozialkaufhaus der Therapiehilfe Sprungbrett in der Holsteiner Straße

Das Sozialkaufhaus ist von Mittelkürzungen im AGH-Bereich stark betroffen. Aktuell bemüht sich die Geschäftsführung darum, andere Mitteltöpfe für das Fortbestehen des Sozialkaufhauses aufzufinden und entsprechende Anträge zu schreiben.

BREBAU-Projekt an der Holsteiner Straße

Die BREBAU ist offen für die Ansiedlung von Ärzt:innenpraxen im Zuge des Quartiersentwicklungsprojekts an der Holsteiner Straße und bittet um Kontaktherstellung zu potenziellen Anmieter:innen.

Vorsitz/Protokoll:

Fachausschuss-Sprecherin:

-L. Czyborr-

- C. Vormann